

Antrag

Die Kreismitgliederversammlung der FDP Marburg-Biedenkopf möge beschließen:

Niedrigere Erzeugungskosten durch verlängerte Laufzeiten von Kernkraftwerken gehören nicht dem Staat, sondern kommen im Wettbewerb auch den Stromkunden zu Gute. Eine staatliche Umverteilungspolitik zugunsten der Stromproduzenten lehnt die FDP ab.

Begründung:

Die aktuellen Strompreiserhöhungen zeigen die Relevanz von Wettbewerb im Strommarkt. Die FDP Marburg-Biedenkopf fordert daher, sinkende Strompreise im Wettbewerb an die Verbraucher weiterzugeben. Längere Laufzeiten von Kernkraftwerken führen zu erheblich geringeren Kosten für die Stromkunden. Eine staatliche Umverteilungspolitik zugunsten der öffentlichen Haushalte lehnt die FDP strikt ab. Mit den marktwirtschaftlichen Prinzipien ist eine staatlich vorgeschriebene Umlenkung von Gewinnen in Erneuerbare Energie unvereinbar.

Wenn der Gesetzgeber den marktbeherrschenden Stromanbietern mit den Gewinnen aus der Verlängerung der Kernkraft den Ausbau von Erneuerbarer Energie erzwingen würde, wäre der Wettbewerb auf vier Oligopolisten weitgehend beschränkt. Die Kartellaufsicht wird aufgefordert, durch konsequente Anwendung ihrer Mittel eine Trennung von Stromproduktion und Netzbetrieb herbeizuführen.

Statt Befürworterin staatlicher Umverteilungspolitik muss die FDP stärker als Hüterin der marktwirtschaftlichen Ordnung eintreten.

Die Antragsteller bitten, diesen Antrag auf dem nächsten Landesparteitag einzubringen.

Beschlossen auf der Kreismitgliederversammlung der FDP Marburg-Biedenkopf am 20. März 2010.